

Neue Flagge – neue Gesellschaft?

In der burmesischen Verfassung von 2008 wurde die Einführung einer neuen Flagge für die Zeit nach den Wahlen 2010 angekündigt. *Democratic Voice of Burma* äußerte am 20. Mai 2010, nachdem ihr das Bild der neuen Flagge zugekommen war, ihre Kritik an diesem taktischen Schritt der Militärjunta, die sich den Vorwurf gefallen lassen muss, alles zu tun, um sich die vollständige Macht über Burma zu sichern. Die neue Flagge muss vor dem Hintergrund der offensiven Zentralisierungs- und Assimilierungspolitik des Regimes gesehen werden.

Die 14 Sterne der noch gültigen Flagge – die für die 14 Regionen und Bundesstaaten stehen – werden durch einen größeren Stern ersetzt, der die Einheit bzw. Vereinheitlichung Burmas, symbolisiert. In diesem Sinne sind auch die Bemühungen der Junta zu verstehen, direkte Kontrolle über die autonom agierenden Armeen verschiedener ethnischer Gruppen zu gewinnen. Die noch bestehenden Waffenstillstandsabkommen werden durch das Vorhaben, die 18 ethnischen Armeen in eine Grenzpolizei umzuwandeln, die für die Zentralgewalt arbeiten soll, brüchig. Es bleibt abzusehen, ob diese Form der Zentralisierungspolitik in diesem tief gespaltenen und von ethnischen Konflikten gezeichneten Land Erfolg haben wird.

vgl. *DVB*, 20.5.2010.

Terroristen oder politische Aktivisten?

In Folge der Verhaftung eines Mannes, der in Verdacht steht, an den April-Anschlägen in Rangun während den Feierlichkeiten zum jährlichen Wasserfest beteiligt gewesen zu sein, gab der burmesische Polizeichef am 7. Mai 2010 bekannt, dass das Land eine neue Anti-Terror-Gesetzgebung erhalten werde. Ein Datum des Inkrafttretens oder Details zu den Gesetzen wurden nicht genannt. Die meisten Staatsfeinde werden auf der Grundlage von falschen und unverhältnismäßigen Beschuldigungen angeklagt. Die Gesetze werden durch die vielfachen Anschläge der letzten Monate, unter anderem auf die Staudämme im Kachin- und im

Karenni-Staat am 14. und 17. April 2010, begründet und richten sich nach Aussagen der Junta gegen diejenigen, die das Land teilen und die Wahlen behindern wollen, und damit gegen terroristische Saboteure. Nach Ansicht von Experten können die Anschläge keiner eindeutig identifizierbaren Person oder Gruppierung zugeordnet werden. Ebenso scheinen die Beweggründe sehr verschieden zu sein. Welchen Einfluss die kommende Anti-Terror-Gesetzgebung auf den Wahlprozess haben wird, bleibt abzuwarten.

vgl. *NOA News*, 1.5.2010; *DVB*, 7.5.2010; *The Irrawaddy*, 6.5.2010

Weder Wasser, noch Energie

Die Situation für die Bauern in der Bago-Region verschlechtert sich zusehends. Der Mekong Fluss, die Lebensader Burmas, befand sich am 11. Mai 2010 auf dem tiefsten Stand der letzten 50 Jahre. Ein Resultat der zahlreichen Dammbauprojekte Chinas, die von der aggressiven Energiepolitik der burmesischen Regierung unterstützt werden. Diese will in naher Zukunft bis zu 50 große Staudämme bauen lassen. Die gewonnene Energie soll und wird bereits an Thailand und China weiterverkauft. Mit den Konsequenzen müs-

sen die vielen Dorfbewohner Burmas leben. Sie leiden einerseits unter extremer Wasserknappheit, weil die neuen Dämme ursprüngliche Flussläufe umleiten oder vollkommen abblocken. Andererseits werden in anderen Teilen des Landes, beispielsweise des Kachin Staates, Tausende von Menschen zwangsumgesiedelt und müssen dabei zusehen, wie ihre Dörfer überflutet werden. Das Problem der Energieknappheit im eigenen Land wird zudem ebenso wenig gelöst.

vgl. *Burma Bulletin*, 1.5.2010; *DVB*, 10.5.2010; *The Irrawaddy*, 10.5.2010

Visa on Arrival

Seit dem 1. May 2010 kann in Burma ein Visum auch unmittelbar bei der Einreise eingeholt werden. Die internationalen Flughäfen Rangoon und Mandalay stellen *Visa on Arrival* für Besucher aller Nationalitäten aus. Ein solches Visum für Touristen kostet 30 US-Dollar für 28 Tage, für Transitreisende 28 US-Dollar und für Geschäftsreisende 40 US-Dollar für 70 Tage. Die neue Regelung erspart Reisenden die vorherige Ein-

holung einer schriftlichen Bestätigung (*visa on arrival approval*) durch ein Reisebüro oder eine andere Agentur. Damit will die Regierung die Einreisebedingungen für Touristen erleichtern und zugleich eine strengere Überwachung schaffen, die die Einreise unliebsamer Personen, wie ausländischer Journalisten oder Exil-Burmesen, verhindern soll.

vgl. *The Irrawaddy*, 4.5.2010

US-Diplomat trifft Suu Kyi

Am Montag, dem 10. Mai 2010 traf Kurt Campbell, der US-Staatssekretär für Ostasien, mit Aung San Suu Kyi und weiteren Ranghöheren der bisher wichtigsten und nun aufgelösten Oppositionspartei NLD zusammen. Das Treffen fand in einem Gästehaus der Militärregierung statt – unter Ausschluss lokaler Journalisten und Mitglieder der Militärjunta. Die Intention des inzwischen zweiten Besuchs des US-Diplomaten nach Burma waren einerseits die Begegnung mit den Oppositionsführern des Landes und andererseits die Gespräche mit Pro-Junta Parteien und Mitgliedern des herrschenden Regimes. Gegenüber

der Militärregierung wollte Campbell vor allem die Enttäuschung der USA angesichts der momentanen Wahlkampfstrategie der Regierung, gerade vor den Wahlen, bekunden. Er unterbreitete den Vorschlag, einen Dialog zwischen allen Interessengruppen zu initiieren, um das breite Spektrum an Meinungsführern zu integrieren und einen Wahlprozess zu gestalten, der internationale Legitimation verdient. Ob die Bemühungen des US-Diplomaten Erfolg haben, muss sich erst noch zeigen.

vgl. Mizzima News, 10.5.2010; DVB, 12.5.2010; BBC News, 10.5.2010; The Irrawaddy, 10.5.2010

NLD im Auflösungsprozess

Die *Nationale Liga für Demokratie* (NLD), die größte und bedeutendste Oppositionspartei Burmas hat am 29. März 2010 ihre Nichtbeteiligung an den Wahlen erklärt. Parteiikone Aung San Suu Kyi hatte sich dagegen ausgesprochen, an den ersten Wahlen seit 20 Jahren teilzunehmen. Sie wird seit dem für ungültig erklärten Wahlsieg der Partei im Jahr 1990 von der Militärjunta in Gefangenschaft oder unter Hausarrest gehalten. Mit dem Beschluss, sich nicht für die Wahlen registrieren zu lassen, wurde der NLD ihr Status als Partei abgesprochen – auf Grundlage der neuen Konstitution von 2008. So schloss die Partei am

6. Mai 2010 ihre Büros in Rangun. Die Parteimitglieder hatten die zwangsweise Auflösung der Partei den Auflagen der Militärs, darunter die Anerkennung der Annullierung ihres Wahlsiegs vor 20 Jahren und den Ausschluss von Aung San Suu Kyi und anderen Mitgliedern der Partei, vorgezogen. Führende Mitglieder gaben bekannt, dass die Partei versuchen wird, ihre politischen Ziele über soziales Engagement zu erreichen. Andere hingegen streben die Etablierung einer neuen Partei an, die auch an den Wahlen teilnehmen soll.

vgl. Voa News, 30.4.2010; The Irrawaddy, 7.5.2010; DVB, 7.5.2010

Noch länger Sanktionen

Die Europäische Kommission hat am 26. April 2010 einstimmig die Verlängerung der gegen Burma verhängten Sanktionen um ein weiteres Jahr beschlossen. Diese beinhalten ein Verbot von Waffenexporten und den Import von Edelsteinen und Nutzhölzern. Auch die USA entschied sich am 12. Mai 2010 für die einjährige Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Burma. Stimmen im amerikanischen Senat haben zudem eine Resolution verabschiedet, die die

Regierung auffordert, ihre Politik des pragmatischen Engagements zu überdenken. Statt reiner Isolationspolitik verbunden mit Sanktionen war die Obama Administration zu einer kombinierten Strategie des Dialogs und der Sanktionen übergegangen. Bislang zeigt sich die Junta jedoch unbeeindruckt von der neuen US-Politik und den westlichen Sanktionsmaßnahmen.

vgl. The Irrawaddy, 12.5.2010; Burma Bulletin, 1.5.2010

Private Privatisierung

Nachdem der Energieminister am 26. Januar 2010 im Rahmen der Liberalisierungspolitik der Militärregierung die Privatisierung der 256 Tankstellen des Landes angekündigt hatte, konnte jetzt mit fast zweimonatiger Verzögerung deren Neueröffnung bekannt gegeben werden. Die Militärjunta verfolgt damit das Ziel der Umstrukturierung der staatlich kontrollierten Wirtschaft zu einer nach marktwirtschaftlichen Prinzipien funktionierenden Nationalökonomie. Die Besitzer der heiklen Energiequellen des Landes standen jedoch bereits vorher fest: die *Htoo Group*, *Asia World* und *Eden Group* – alles Unternehmen mit engen Verbindungen zur Junta. Dafür gesorgt hat Tay Za, ein Mann, der als loyaler Getreuer der Regierung gilt und im Januar 2010 zum Geschäftsführer des Abwicklungsunternehmens FOIDA ernannt worden war. So wird die Skepsis gegenüber den Privatisierungen genährt. Sie kämen weniger der Bevölkerung zugute, als den Militärs, die sich weiterhin die Kontrolle über Burmas Ressourcen sichern – durch die Privatisierung und die Hilfe der Mittelsmänner auch nach den bevorstehenden Wahlen.

vgl. Burma Bulletin, 1.5.2010; DVB, 8.3.2010

NDF – die neue Kraft?

Einen Tag nach Auflösung der NLD am 6. Mai 2010 wurde die Gründung einer neuen Partei, zusammengesetzt aus einem Teil der ehemaligen NLD Mitglieder, bestätigt. Die *National Democratic Force* soll an den umstrittenen Wahlen, die voraussichtlich im Herbst dieses Jahres stattfinden sollen, teilnehmen. Damit wende sich die NDF nicht gegen die Parteiikone der NLD Aung San Suu Kyi und den Beschluss der Partei, sich nicht für die Wahlen registrieren zu lassen. Vielmehr setze sie die politische Arbeit der NLD fort und Aung San Suu Kyi werde immer ihre Anführerin bleiben.

vgl. Voa News, 7.5.2010

nachrichten